



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 23.5.2022
C(2022) 3513 final

*Frau Mag. Christine Schwarz-Fuchs
Präsidentin des Bundesrates
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 WIEN
ÖSTERREICH*

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung) (COM(2021) 802 final).

Die Kommission begrüßt, dass der Bundesrat den Vorschlag für eine Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden unterstützt, und hat seine Bedenken zur Kenntnis genommen. Damit die EU ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % senken, bis 2050 klimaneutral werden und gleichzeitig für Unabhängigkeit im Energiebereich sorgen kann, müssen wir auf allen Ebenen entschlossen zusammenarbeiten, und die Unterstützung der österreichischen Behörden ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung.

Gebäude zählen zu den größten Energieverbrauchern in der Europäischen Union. Eine Steigerung ihrer Energieeffizienz kann dazu beitragen, unsere Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen und die Gefahren durch Energiepreisschwankungen zu verringern, unsere Treibhausgasemissionen zu senken, Energiearmut zu bekämpfen und die wirtschaftliche Erholung sowie die Beschäftigung zu fördern. Der Vorschlag für eine Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ist zusammen mit den anderen EU-Rechtsvorschriften des Energie- und Klima-Pakets „Fit für 55“ von zentraler Bedeutung, um eine saubere und inklusive Energiewende zu gewährleisten, bei der im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals niemand zurückbleibt. Angesichts der aktuellen Ereignisse sind Gebäuderenovierung und Energieeffizienz heute wichtiger denn je für eine erfolgreiche Dekarbonisierungspolitik und eine unabhängige Energieversorgung in Europa.

Was die Definition von „Nullemissionsgebäuden“ betrifft, geht die Kommission in ihrem Vorschlag gegenüber den bisher angestrebten emissionsarmen Gebäuden¹ einen Schritt weiter, um die Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz neuer Gebäude an das längerfristige Ziel der Klimaneutralität und den Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ anzupassen. Um die rasche Einführung von Heizungsanlagen ohne direkte Emissionen zu fördern, enthält der Vorschlag die Anforderung, dass Nullemissionsgebäude vor Ort keine CO₂-Emissionen erzeugen dürfen. Nach dem Vorschlag ist in neuen Gebäuden erneuerbarer Energie auf „jährlicher Nettobasis“ Priorität einzuräumen vor dem Netzverbrauch, wobei die erneuerbare Energie am Standort erzeugt werden oder von einer Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft oder aus Fernwärmenetzen stammen kann. Die Kommission möchte jedoch betonen, dass die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt werden und von den nationalen Behörden genauer bestimmt werden könnten. Nach Anhang III des Vorschlags für die Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ist bei lokalen Beschränkungen ausnahmsweise auch die Nutzung von Energie aus dem Netz zulässig, sofern die auf nationaler Ebene festgelegten Kriterien eingehalten werden.

Die Maßnahmen des Vorschlags umfassen einen neuen Rahmen für Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz (Energieausweise), um die Klarheit, Verlässlichkeit und Sichtbarkeit deutlich zu verbessern, wobei zum Nutzen der Gebäudeeigentümer, Finanzinvestoren und Behörden leicht verständliche Informationen zur Gesamtenergieeffizienz und anderen zentralen Merkmalen aufgenommen werden. Der Vorschlag enthält eine Vorlage für Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz mit einer Mindestanzahl gemeinsamer Indikatoren zu Energie und Treibhausgasemissionen, die durch eine Reihe freiwilliger Indikatoren, etwa zu Ladestationen, ergänzt werden. Eine der wichtigsten Neuerungen der vorgesehenen Maßnahmen ist die Angabe der Energieeffizienzklasse eines Gebäudes auf einer festen Skala von A bis G. In die Klasse A werden emissionsfreie Gebäude eingeordnet, während in die Klasse G die 15 % der Gebäude des nationalen Gebäudebestands fallen, die die schlechteste Energieeffizienz aufweisen. Die übrigen Gebäude des Landes verteilen sich proportional auf die dazwischenliegenden Klassen. Das System für die Klassifizierung von Gebäuden wird somit klarer und einfacher. Gleichzeitig ist es flexibel und kann an die nationalen Besonderheiten des Gebäudebestands angepasst werden, und es ist darauf ausgerichtet, die Mitgliedstaaten zu vergleichbaren Anstrengungen zu bewegen.

Wie der Bundesrat betont hat, basiert die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden auf Artikel 194 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Wichtigste Ziele der vorgesehenen Maßnahmen sind die „Förderung von Energieeffizienz und Energieeinsparungen sowie die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen“ (Artikel 194 Absatz 1 Buchstabe c des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Maßnahmen zur Festlegung von Zielen für Gebäude bis 2050 und zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz des bestehenden Gebäudebestands haben darüber hinaus in der gesamten EU auch in anderen Bereichen positive Auswirkungen. Beispielsweise tragen der geringere Energiebedarf von Gebäuden und die stärkere Nutzung erneuerbarer

¹ Emissionsarme Gebäude sind Gebäude, die eine sehr hohe Gesamtenergieeffizienz aufweisen, wobei der fast bei Null liegende oder sehr geringe Energiebedarf zu einem ganz wesentlichen Teil durch Energie aus erneuerbaren Quellen – einschließlich Energie aus erneuerbaren Quellen, die am Standort oder in der Nähe erzeugt wird – gedeckt wird.

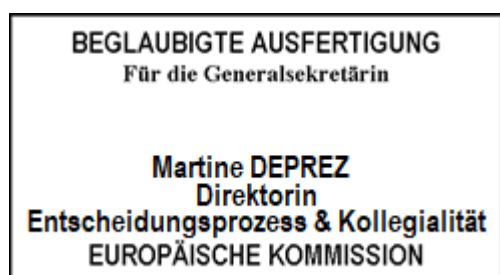
Energie, die ganz überwiegend innerhalb der EU erzeugt wird, zur Energieversorgungssicherheit aller EU-Mitgliedstaaten bei und sind somit auch für die Bewältigung der aktuellen geopolitischen Gefahren für unser Energiesystem von entscheidender Bedeutung. Wie in der Mitteilung REPowerEU² vom 8. März 2022 dargelegt, hat die Notwendigkeit, unsere Versorgungssicherheit zu verbessern, zweifellos auch der Umsetzung des europäischen Grünen Deals neue Impulse verliehen. Auch auf andere Bereiche wirken sich die EU-Maßnahmen zur Verwirklichung der Dekarbonisierungsziele der EU im Rahmen der überarbeiteten Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden positiv aus, darunter ein gesundes Innenraumklima, die Anpassung an den Klimawandel, Brandschutz, Erdbebensicherheit und Beseitigung von Gefahrstoffen. Mit ein und denselben Maßnahmen können wir sicherstellen, dass Gebäude gesünder und umweltfreundlicher werden, ihre Vernetzung innerhalb des Wohngebiets stärken und ihre Zugänglichkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber natürlichen Extremereignissen verbessern.

Nach Auffassung der Kommission ist der politische Dialog mit den nationalen Parlamenten von wesentlicher Bedeutung, um eine Verbindung zwischen den Organen und den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union herzustellen und den europäischen Grünen Deal so wirksam wie möglich umzusetzen. Die Kommission hofft, dass die in der Stellungnahme des Bundesrates aufgeworfenen Fragen mit diesen Ausführungen geklärt werden konnten, und sieht der Fortsetzung des politischen Dialogs erwartungsvoll entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Maroš Šefčovič
Vizepräsident*

*Kadri Simson
Mitglied der Kommission*



² Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie {COM(2022) 108 final}.